

## Beschlussvorlage

006/2017

<b>Beratungsfolge:</b>	<b>Gremium:</b>	<b>Art der Sitzung:</b>	
06.02.2017	Kreisausschuss	öffentlich	beratend

### Tagesordnung:

NGA-Breitbandausbau im Landkreis Bad Dürkheim; Sachstandsbericht

--

**Finanzielle Auswirkung:**       Ja     Nein

Leistungsbezeichnung:	
Produktsachkonto:	
Investitionsmaßnahme/Projekt:	
Haushaltsansatz:	
Noch verfügbar:	
Bemerkungen:	

Bad Dürkheim, 30.01.2017

In Vertretung:

Claus Potje  
Erster Kreisbeigeordneter

Bisheriger Verlauf des Projektes:

Die hauptamtlichen Bürgermeister des Kreises sprachen sich in der Bürgermeisterbesprechung am 06.10.2015 grundsätzlich für die Bildung eines Kreisclusters für den Breitbandausbau aus. In der Folge wurden die entsprechenden Beschlüsse auf Verbands- und Ortsgemeindeebene gefasst.

Die Verwaltung wurde am 14.12.2015 durch Beschluss des Kreisausschusses mit der Bildung eines Kreisclusters und mit der federführenden Wahrnehmung der notwendigen Koordinations- und Organisationsaufgaben beauftragt.

Vom 21. März 2016 bis zum 25. April 2016 hat die Kreisverwaltung ein *Markterkundungsverfahren* durchgeführt, in dem die Netzbetreiber dem Kreis ihre Ausbaupläne für die nächsten 3 Jahre mitgeteilt haben.

An dieses Markterkundungsverfahren schloss sich die Erstellung einer *Machbarkeitsstudie* an, die alle Städte, Gemeinden, Ortsteile und Gewerbe-/Industriegebiete sowie Siedlungsexklaven erfasst.

Der TÜV Rheinland wurde mit der Erstellung dieser Machbarkeitsstudie beauftragt.

In der letzten Bürgermeisterdienstbesprechung am 10.01.2017 hat der TÜV Rheinland seine vorläufigen Ergebnisse der Markterkundung und der Machbarkeitsstudie vorgestellt. Bei der Vorstellung der Ergebnisse wurde eine voraussichtliche Wirtschaftlichkeitslücke von rd. 5 Mio. € festgestellt.

In der Bürgermeisterdienstbesprechung wurden explizit auch Gebäude und Anschlüsse angesprochen, die von der Wirtschaftlichkeit und Möglichkeit der Anbindung schwierig sind.

Dies betrifft 136 Gebäude im Landkreis. Nachdem der TÜV die Aussage getroffen hat, dass die Anschlüsse zu Mehrkosten von rd. 500.000 € führen, haben sich die Vertreter der Kommunen einvernehmlich dafür ausgesprochen, diese Gebäude mit in die Antragstellung aufzunehmen

Inzwischen hat der TÜV in Vorbereitung des Förderantrages die Daten geprüft und überarbeitet. Hier ist eine Kostenanpassung erfolgt. Aufgrund von Informationen von Ausrüstern und Tiefbauunternehmen und dem derzeitigen Ausbaugeschehen bundesweit hat der TÜV die durchschnittlichen Tiefbaukosten erhöht.

Der TÜV hat nun für diese zusätzlichen 136 Gebäude eine Berechnung durchgeführt. Leider hat sich im Rahmen dieser Berechnung (insbesondere unter Berücksichtigung der Tiefbaukosten) ein doch enorm höherer Betrag ergeben, als dies in der Sitzung benannt wurde. Einige der 136 Adressen verursachen aufgrund ihrer geografischen Lage erhebliche Tiefbaukosten, erzeugen jedoch auf der anderen Seite keine nennenswerten Einnahmen.

Seite 3 Beschlussvorlage **006/2017**

Dieser Effekt wurde bei der spontanen Schätzung des TÜV Rheinland in der Bürgermeisterdienstbesprechung unterschätzt.

Die Wirtschaftlichkeitslücke beträgt danach rd. 9,4 Mio. € anstatt der bisherigen 5,6 Mio. €. Die Kommunen wurden umgehend über die anteiligen Mehrkosten in Ihren Gemeinden informiert.

Wir haben mit dem TÜV Rücksprache gehalten und die Förderaussichten mit diesen neuen Annahmen erörtert. Der TÜV ist der Auffassung, dass insgesamt weiterhin eine gute Scoring-Balance vorhanden ist, da durch das Cluster eine hohe Zahl an Gebäuden angeschlossen wird. Aus Sicht des TÜV dürfte der Antrag mit 9,4 Mio. € weiterhin gute Aussicht auf Erfolg haben. Da es sich bei der Förderung um eine Höchstbetragsförderung handelt, könnte man im Rahmen der Erstellung des Leistungsverzeichnisses noch Korrekturen für die schwer zu erschließenden Gebäude vornehmen. Dies würde die Förderaussichten und Auszahlung der Förderung nicht nachteilig beeinflussen.

Die Verwaltung hat sich aufgrund der Aussage des TÜV dazu entschlossen, den Förderantrag mit der nun neu errechneten Wirtschaftlichkeitslücke von 9,4 Mio. € weiter zu leiten.